



BürgerInnenbrief

28. August 2013

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Miethaie zu Fischstäbchen +++ Stadt für alle, gegen Zwangsräumungen +++ Kotti & Co. & Berlin +++ Zombiebank HSH

Miethaie zu Fischstäbchen



21.8.: Heike Sudmann und Jan van Aken bei Miethaieaktion (Michael Joho)

Am 21. August prangerte die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN mit einer öffentlichen Aktion den Mietenwahnsinn im Allgemeinen und die Preistreiberei einiger Miethaie im Besonderen an. Allerorten stöhnen die Menschen über die Mietentwicklung in der Stadt, viele schauen dem im November herauskommenden »Hamburger Mietenspiegel 2013« mit Sorge entgegen. Denn die zu erwartenden Steigerungen in den verschiedenen Kategorien der »ortsüblichen Vergleichsmiete« werden wieder den Ausgangspunkt für eine neue Erhöhungswelle bieten. Das kann so nicht weitergehen. Ein grundlegender Richtungswechsel in der Wohnungs- und Mietpolitik ist überfällig, auf Hamburger wie auf Bundesebene. Die Bundestagswahl am 22. September wird eine gute Möglichkeit sein, den Verantwortlichen für die Entwicklung die Quittung mit dem Wahlzettel zu erteilen. In Hamburg werden wir auch seitens der LINKEN die Aktivitäten gegen den Mietenwahnsinn verstärken. Anlässe bieten sich genug. Sei es

- bei den Aktionen gegen Zwangsräumungen, die inzwischen von einer Initiative aus dem Umfeld des Netzwerks Recht auf Stadt organisiert werden,
- bei der großen Mietendemonstration am 28. September,
- beim Kampf gegen Zweckentfremdung von Wohnraum und illegale Ferienwohnungen
- oder beim stetigen Einfordern von erheblich mehr Sozialwohnungen in ganz Hamburg.

Zwei Initiativen der Linksfraktion mögen dafür beispielhaft stehen. Zum einen der Antrag, in die Berechnungen des Mietenspiegels zukünftig **alle** Mieten der vorausgegangenen vier Jahre einzubeziehen, also nicht nur die »veränderten«, d.h. de facto angehobenen Mieten bei der Ermittlung der ortsüblichen Mieten eingehen zu lassen (Bürgerschafts-Drucksache 20/8812 vom 31.7.2013). Er wurde auf der Bürgerschaftssitzung am 14. August von den Fraktionen der SPD, CDU und FDP kaltschnäuzig abgelehnt. Zum anderen der für die Sit-

zung am 28. August vorgelegte Antrag, die Mietpreis- und Belegungsbindungen im ersten Förderweg von 15 auf 30 Jahre zu verlängern, um einen höheren Anteil erschwinglicher Wohnungen zu erreichen (Drs. 20/8941 vom 14.8.2013). Hier regt sich tatsächlich etwas, denn auch die SPD hat einen Antrag vorgelegt, in dem ebenfalls eine 30-jährige Laufzeit enthalten ist, allerdings nur als »Angebot« an die Wohnungswirtschaft, nicht als festgeschriebener Förderweg (Drs. 20/8958 vom 14.8.2013).

Wir brauchen aber nicht Sozialwohnungen nach Gutdünken und als Ergebnis privater Profitberechnungen, wir brauchen Zehntausende neuer Sozialwohnungen im 1. Förderweg, um die Menschen mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen und damit das Grundrecht auf Wohnen durchzusetzen.

Und nicht zuletzt soll die massive Kritik an den MietpreistreiberInnen in unserer Stadt verschärft werden. Die Miethai-Aktion am 21. August bildete dafür den Auftakt. Neben Heike Sudmann und Jan van Aken sprachen auf dieser Veranstaltung auch Betroffene und Aktive aus verschiedenen Hamburger Stadtteilen. Renate Schulte und Christoph Rauch (Karogenossenschaft) schilderten die Situation im Karoviertel, Michael Schwarz (St. Georg) geißelte den Mietenwahnsinn speziell der AKELIUS, Götz von Grone (Initiative Wir sind Eppendorf) informierte über aktuelle Entwicklungen in Eppendorf und Mietrechtsanwalt Marc Meyer über die Probleme von GeringverdienerInnen auf dem Wohnungsmarkt. Die Reden der beiden letztgenannten nehmen wir hier auf – und danken für die Überlassung der Manuskripte.

Aus dem Flyer für die TeilnehmerInnen der Miethai-Aktion am 21. August

Immer stärker zeigt sich, dass in vielen Großstädten die wohnungs- und mietenpolitischen Zeichen auf Sturm stehen. Hamburg nimmt in dieser Hinsicht inzwischen eine traurige Spitzenposition ein. Nirgendwo anders sind die Mieten in der jüngsten Vergangenheit so schnell gestiegen wie an der Elbe: Ende 2012 fielen hier die Neuvertragsmieten um 21,1% höher aus als vor fünf Jahren (F+B-Wohnindex Deutschland 2013, Quartalsbericht I-2013).

Hamburg ist damit auf dem Wege, München den Rang als teuerste deutsche Stadt abzulaufen. Der von der SPD getragene Senat behauptet fortwährend, es gäbe keine allgemeine Wohnungsnot, allenfalls in bestimmten Quartieren komme es wegen großer Nachfrage zu Engpässen. Staatsrat Michael Sachs (SPD) wird nicht müde, immer wieder seinen jahrzehntelangen Wohnort anzuführen: Es gäbe kein Menschenrecht auf das Wohnen in Ottensen. So zynisch kann nur jemand sein, der wegen seines hohen Einkommens tatsächlich kein Problem auf dem »Wohnungsmarkt« hat.

Denn wir haben keineswegs eine Wohnungsnot, die alle Schichten betreffen würde, wir haben einen massiven Mangel bei günstigen, also für die Masse der MieterInnen erschwinglichen Wohnungen. Wer über ein üppiges Einkommen verfügt, findet natürlich immer was, doch wer wenig oder heutzutage auch nur »durchschnittlich« verdient, sieht sich allergrößten Problemen ausgesetzt, eine vernünftige Bleibe zu finden. Rund 40% des Einkommens geben die Haushalte mittlerweile für Wohnkosten aus, wer ein geringes Einkommen hat, teilweise noch mehr.

Und der Mangel an günstigen Wohneinheiten wächst weiter an. Selbst wenn es dem Senat gelänge, in diesem Jahr 1.200 Sozialwohnungen zur Einstiegsrente von 5,90 Euro/qm nettokalt zu errichten, macht das nicht annähernd die weit mehr als 10.000 Wohneinheiten wett, die 2013 aus der Mietpreisbindung herausfallen. Die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE fordert deshalb in einem Antrag auf der Bürgerschaftssitzung am 28. August in einem ersten Schritt die Bindungsfristen für Sozialwohnungen von 15 auf 30 Jahre zu verlängern.

Der Senat hat keine Antwort auf die soziale Herausforderung, dass der Anteil günstiger Wohnungen massiv rückläufig ist: Von 2009 bis 2011 hat der Anteil an Mietwohnungen unter 6,00 Euro/qm laut Mietenspiegelhebung von 48 auf 33% abgenommen! Und die Entwicklung geht weiter.

In unserem Land wird die Wohnung als eine Ware mit Profiterwartungen gehandelt, als Grund- und Menschenrecht wird sie nicht betrachtet. Und so nutzen viele HauseigentümerInnen die Wohnungsnot aus – auch



Miethai Akelius (Foto: Michael Jobo)

unter Berufung auf vermietetfreundliche Gesetze –, die Mietenexplosion voranzutreiben und sich noch einmal einen Extraprofit zu gönnen. Erwähnt sei an dieser Stelle nur die GAGFAH, die in Kirchdorf-Süd, Steilshoop und anderswo den Bestand verkommen lässt, um den AktionärInnen die gewünschte Rendite auszahlen zu können.

Die Linksfraktion hat für ihre heutige Protestaktion das Karoquartier ausgewählt. Hier lag die Durchschnittsmiete auf Grund der viele Jahre währenden Sanierungsbindungen für die über 900 städtischen Wohnungen 2012 noch bei 4,93 Euro/qm. Durch den Verkauf dieser Wohneinheiten an die SAGA GWG und die erklärte Politik dieses hamburgischen Unternehmens, die Mieten auf Dauer an den mittleren Satz des Mietenspiegels anzupassen (er lag 2011 durchschnittlich bei 8,23 Euro/qm), drohen den Karo-MieterInnen zwar gedeckelte, aber regelmäßige Mieterhöhungen.

Wohin die Reise geht, zeigt beispielhaft und besonders schamlos der private Wohnungskonzern »AKELIUS«, eine schwedische Heuschrecke, die für ihre 2,5 Zi-Wohnung (41 qm, 3. Stock) in der Marktstraße 127a nettokalt 15,85 Euro/qm verlangt. In St. Georg will AKELIUS für eine Wohnung in der Lindenstraße 15,90, in der Langen Reihe gar 16,37 Euro/qm, im Weizenkamp (Barmbek) 13,70 und am Gehlengraben am Ring 3 (Langenhorn) 12,40 Euro/qm – immer nettokalt, versteht sich. (<http://akelius.de/de/suche/wohnungen/norden/hamburg/;list>; Stand 19.5.2013)

Gegen diese Entwicklung protestiert die LINKSFRAKTION heute mit der Aktion »Miethaie zu Fischstäbchen! Bezahlbarer Wohnraum für alle!« Wir fordern eine wirksame Mietpreisbremse und das Verbot von Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung. Grundlage des Mietenspiegels müssen alle Bestandsmieten sein, also nicht nur die in den letzten Jahren veränderten, also teurer gewordenen, wie es bis heute der Fall ist. Wir brauchen eine Erhöhung des Wohngelds, damit kein Haushalt mehr als 30% des Einkommens für das Wohnen ausgeben muss. Und wir brauchen Tausende neue Sozialwohnungen. Dafür steht DIE LINKE.

Mietpreisen einen Riegel vorschieben!

Götz von Grone



Götz von Grone spricht am 21.8. (Michael Joho)

Die Bürgerinitiative Wir-sind-Eppendorf beteiligt sich an der Veranstaltung der LINKEN zur Wohnungsnot in Hamburg, weil wir das Motto der Veranstaltung »Bezahlbarer Wohnraum für alle« mittragen und weil die Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord als einzige unsere Bestrebungen und Forderungen aktiv unterstützt hat. Jetzt haben auch die GRÜNEN eingesehen, dass sie dem Treiben der Immobilienbranche nicht nur interessiert zusehen können, und mehr Engagement für die Interessen der Mieter angekündigt.

Wir würden uns freuen, wenn diese Wende von Dauer wäre!

Auch in Eppendorf und Hoheluft-Ost sind MieterInnen von Spekulation und Verdrängung betroffen:

- Am Eppendorfer Marktplatz soll der alte Kern Eppendorfs mit dem Brauhaus von 1776 und preiswertem Wohnraum und Kleingewerbe einem gesichtslosen Neubau weichen.

Götz von Grone ist aktiv in der Initiative »Wir sind Eppendorf«.

- In der Hegestraße 46 stehen seit Jahren mehr als 20 Wohnungen leer. Der neue Eigentümer hat die Wohnungen zerstören lassen, damit sie unbewohnbar sind. Sein Sanierungsversprechen gegenüber den MieterInnen hat er gebrochen und allen gekündigt. Jetzt laufen die ersten Räumungsklagen. Das Bezirksamt und die Parteien in der Bezirksversammlung sehen tatenlos zu und verstecken sich hinter der Verwaltung – bis auf DIE LINKE!
- Die hilfsbedürftigen BewohnerInnen der Stiftswohnungen in der Martinstraße/Löwenstraße sollen nach Lokstedt ausquartiert werden, damit auf dem Grundstück teure Eigentumswohnungen gebaut werden können. Hier haben sich die GRÜNEN vorsichtig engagiert, jedoch bisher noch ohne eigene Forderungen für das Stiftsgelände gestellt zu haben.

Wir begrüßen es, dass DIE LINKE die Forderung erhebt, dass alle Bestandsmieten Grundlage des Mietenspiegels werden. Damit könnte den ständig steigenden Mietpreisen ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden. Es wäre eine Sauerei, wenn die Mieten von 900 städtischen Wohnungen im Karo-

viertel fast verdoppelt würden. Der Senat kann nicht mit 2.000 Sozialwohnungen im Jahr protzen, wenn auf der anderen Seite Tausende von sozial geförderten Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen.

»Wer den Reichen nichts nehmen will, kann den Armen nicht geben.« Das war schon die Mahnung von August Bebel, dessen 100. Todestag die SPD in diesen Tagen feierlich begangen hat. An die Reichen traut sich die heutige SPD in ihrer Steuerpolitik jedoch nicht heran. Deswegen fehlen dem Senat auch die Mittel, um aus eigener Kraft – ohne als Bittstellerin bei der »Wohnungswirtschaft« auftreten zu müssen – sozialen Wohnungsbau betreiben zu können, der seinen Namen verdient.

Wir wünschen den MieterInnen der städtischen Wohnungen im Karo viertel viel Erfolg in ihrem Kampf gegen die angekündigten Mieterhöhungen! »Miethaie zu Fischstäbchen« ist ein alter Traum der Mieterbewegung. Wir werden gemeinsam noch viele Aktionen durchführen müssen, bevor wir an die Filets der Damen und Herren in den Immobilienkonzernen herankommen. Nur wer sich traut, wird dabei etwas gewinnen!

Bezahlbarer Wohnraum für alle! Was tun?

Marc Meyer



MiethaieBekämpferInnen, 3. v.l.: Marc Meyer (Michael Joho)

Bezahlbarer Wohnraum, kein Problem, wenn das Einkommen exorbitant hoch ist. Leider verdienen 50% aller Hamburger Haushalte nur so wenig, dass sie Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung mit Einstiegsmietten um 6,00 €/qm nettokalt haben. Leider erfüllen nur noch maximal 10% aller Wohnungen in Hamburg diese Voraussetzung. Die Bestandsmieten steigen aufgrund der seit vielen Jahren heftigen Mietenspiegel- und Modernisierungsmieterhöhungen exorbitant, Neuvermietungspreise liegen fast ausschließlich über 10 €/qm, meist deutlich höher. Dies führt dazu, dass immer mehr des

Einkommens für die Miete aufgebracht werden muss, immer öfter 40-50% des zur Verfügung stehenden Geldes. Folge ist nicht nur die zunehmende Verarmung vieler Haushalte, sondern auch eine Verdrängung von MieterInnen aus besonders nachgefragten Innenstadtlagen oder Quartieren mit besonders deutlichen Mietsteigerungen.

Marc Meyer ist Anwalt in Hamburg, u.a. mit dem Schwerpunkt Mietrecht.

Wer diese Entwicklung eines entfesselten Immobilienmarktes in Hamburg nicht länger hinnehmen will, muss die mietrechtlichen Rahmenbedingungen im Bund ändern, die in Hamburg bestehenden rechtlichen Möglichkeiten gegen Mietsteigerungen, Luxus- und Verdrängungsmodernisierungen, Umwandlung in Eigentum, Leerstand und Zweckentfremdung, Spekulation mit Wohnraum nutzen. Gleichzeitig muss der Bau preiswerter, schicker und energiearmer Wohnungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in attraktiven Lagen gefördert und begünstigt werden.

Aber auch die MieterInnen müssen sich, so weit es ihnen möglich ist, zusammenschließen und versuchen, sich gegen preistreiberisches Vorgehen politisch und juristisch zu wehren. Wer seine Mieterhöhung nicht prüfen lässt, der zahlt vielleicht zu viel.

Die Stadt muss genossenschaftliches Bauen und Wohnen wirklich fördern und das städtische Wohnungsunternehmen tatsächlich auch zur Mietpreisdämpfung nutzen, anstatt es Profite für den Staatshaushalt in Millionenhöhe auf Kosten der MieterInnen scheffeln zu lassen. Die SAGA GWG, auf deren Mieterhöhungen der Senat in Hamburg politischen Einfluss hat, darf bei Neuvermietungen im Karolinenviertel sogar den aktuellen Mittelwert des maßgeblichen Mietenspiegelfeldes,

zumeist 8,23 €/qm verlangen. Besonders von Verdrängung durch zu hohe Mieten bedroht sind alle diejenigen, die lediglich geringe Einkommen beziehen oder auf Sozialleistungen nach Hartz IV, Grundsicherung im Alter oder nach dem Asylverfahrensgesetz angewiesen sind. GeringverdienerInnen in bestehenden Mietverhältnissen bleibt bei Mieterhöhungen nur das vollkommen unzulängliche Wohngeld bzw. Auszug, SozialleistungsempfängerInnen droht eine Umzugsaufforderung des Amtes wegen Überschreitung der so genannten behördlichen Mietobergrenzen. Und jeder durch Mieterhöhungen erzwungene Wohnungsverlust verteuert diese Wohnungen weiter, denn die VermieterInnen können die Miethöhe bei einer Neuvermietung rechtlich vollkommen frei selbst bestimmen. Zahlt eine Mieterin aktuell 7 € und das Jobcenter erlaubt nur 6 €, so muss er aus der Wohnung raus und der Vermieter kann danach 14 €/qm nettokalt kassieren.

Dieser Wahnsinn muss gestoppt werden. Deswegen fordert der Mieterverein MieterHelfenMietern zu Recht als Sofortmaßnahme ein fünfjähriges Moratorium, also ein Aussetzen der Umzugsaufforderungen wegen angeblich sozialrechtlich unangemessener Miete.

Es gibt also viel zu tun. Packen wir es an! Miethäie zu Fischstäbchen!

»Platz nehmen in der Stadt für alle«



Protest gegen Zwangsräumung in Rönneburg (Michael Joto)

So titelte das »Neue Deutschland« in seiner Ausgabe am 12. Juni und meldete: »In Hamburg organisiert sich eine Protestbewegung gegen Zwangsräumungen«.

Angeregt durch den Widerstand in Spanien, wo jeden Tag (!) Hunderte von Zwangsräumungen exekutiert werden, aber auch durch Proteste in Berlin (s. den Clip unter <http://www.youtube.com/watch?v=dyEslndd4UY>) hat sich auch die Ham-

burger LINKE dem Thema verstärkt zugewandt. In mehreren Kleinen Anfragen an den Senat hatte die Bürgerschaftsfraktion erstes Zahlenmaterial in Erfahrung gebracht (s. den ausführlichen Bericht im »BürgerInnenbrief« vom 14.5.2013). So ergab sich, dass im Jahr 2012 genau 1.590mal zwangsgeräumt wurde (Bürgerschafts-Drucksache 20/6842 vom 15.2.2013). Gut anderthalb Tausend Räumungen von Ein-Personen-, aber

auch Familienhaushalten entsprechen in etwa der Zahl der Menschen, die laut offiziellen Senatsangaben in dieser Stadt obdachlos sind. Und jedes Jahr kommt eine vergleichbare Anzahl hinzu. Ein erheblicher Anteil der Zwangsgeräumten hat vorher in Wohnungen der SAGA GWG gelebt; 2012 waren es 431, also ein gutes Viertel aller Zwangsräumungen. Hamburgs öffentliches Wohnungsunternehmen ist damit führend, wenn es um den Rauswurf oftmals in die Obdachlosigkeit geht!

Hervorgegangen aus dem Bündnis »Mietenwahnsinn stoppen!« hat sich inzwischen eine hamburgische Initiative herauskristallisiert, die angetreten ist, Zwangsräumungen zu verhindern. Eine erste Aktion fand bereits am 11. Juli in Rönneburg (Bezirk Harburg) statt, wo ein Bewohner auf Anweisung der SAGA GWG zwangsgeräumt werden sollte. Auch wenn die unter Druck erpresste Unterzeichnung eines neuen Mietvertrages durch den Betroffenen – »Entweder Sie unterzeichnen den Vertrag jetzt oder wir räumen morgen und lagern ihre Sachen ein« – und damit die Räumung nicht verhindert werden konnte, wurden hier doch Zeichen für einen heißen Herbst gesetzt.

In einer frisch erschienenen Informationsbroschüre zu diesem Komplex heißt es seitens der Initiative: »Zwangsräumungen sind die gewalttätigste Form der Gentrifizierung. Sie sind kein persönliches Problem und auch nicht auf ein individuelles Versagen zurückzuführen.« (www.mietenwahnsinn.de) Von der Zwangsräumung Bedrohte können sich ab sofort an die neu geschaffene Anlaufstelle wenden, entweder mittwochs von 16 bis 18 Uhr unter Tel. 410 988 746 oder per E-Mail an zwangsraeumungenstoppen@rechtaufstadt.net.

Insbesondere die LINKSFRAKTION in der Harburger Bezirksversammlung hat sich des Problems angenommen. Mit mehreren Anfragen an das Bezirksamt hat sie Licht in das Thema gebracht. Laut Pressemitteilung der Harburger Fraktion vom 14. August sind im Jahre 2012 gerade einmal 49 geförderte Wohneinheiten neu errichtet worden, aber 199 aus der Sozialbindung herausgefallen. In diesem Jahr hat es im Bezirk Harburg alleine 774 Räumungsklagen und 313 voll-



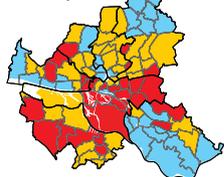
Sabine Boeddinghaus (DIE LINKE Harburg) (Foto: M. Joho)

zogene Räumungen gegeben (laut Bezirksamtsangaben vom 13.6.2013). Da wird also erheblich öfter geräumt, als nötiger Wohnungsbau neu entsteht. »Die SAGA GWG verursacht Wohnungslosigkeit in hohem Maße selbst«, heißt es in der Pressemitteilung der Harburger Bezirksfraktion der LINKEN. »Im Jahr 2012 wurden 180 von 313 Zwangsräumungen in Harburg von städtischen Vermietern selbst durchgeführt. Man muss davon ausgehen, dass allein dadurch mehr als 500 Menschen ihre Wohnung verloren haben.« Ein bodenloser Skandal, wie Sabine Boeddinghaus von der Bezirksfraktion Harburg – sie kandidiert auf Platz 2 für die Hamburger Liste der LINKEN zur Bundestagswahl – feststellt. Es hat offenbar System, dass gerade die Menschen in schwierigsten Verhältnissen besonders stark attackiert werden: 1.590 Zwangsräumungen, 8.500 Sperrungen der Strom- und 730 Sperrungen der Wasserversorgung bei privaten Haushalten im vergangenen Jahr sprechen eine deutliche, anklagende Sprache. Für diesen Personenkreis geht es um nichts weniger als den infrage gestellten Zugang zu lebensnotwendigen Gütern!

Platz nehmen in der Stadt für alle, das gilt es in einer der reichsten Metropolen Europas erst noch zu erkämpfen.

Gerd Pohl/Klaus Wicher (Hrsg.)

Hamburg: Gespaltene Stadt?

Soziale Entwicklungen
in der Metropole

VSA

204 Seiten | EUR 16.80
ISBN 978-3-89965-562-9

Warum ist Hamburg trotz des Wirtschaftsaufschwungs der letzten Zeit sozial gespalten?

In Hamburg gibt es tiefe Spaltungen bei Einkommen und Vermögen, im Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen, in den Bereichen des Wohnens und der Bildungschancen, in der Pflege, zwischen den Geschlechtern, bei der Ernährung und im Bereich der Migration, innerhalb der Generationen sowie zwischen sozialen Schichten und Klassen – und in den Stadtteilen und Quartieren. Deshalb sind mehr soziale Gerechtigkeit, zivilgesellschaftliches Engagement und politische Regulierungen für eine soziale Stadtentwicklung notwendig.

Die Themen: Sozialstaatsgebot und Schuldenbremse | Perspektiven auf die sozialräumliche Polarisierung | Menschen in Erwerbsarmut | Mittelschicht in Abstiegsangst?! | Ernährungsarmut: Recht auf Nahrung oder Armenfürsorge? | Auf dem Weg zur seniorenrechtlichen Stadt? | Chancengerechtigkeit in der Bildung | Leitbilder: die Reichen drinnen, die Armen draußen? | Hafencity: Ein neuer Stadtteil im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen | St. Georg: Soziale Verdrängung als Leitmotiv | Hamm und Horn – im Osten nichts Neues?

Mit Beiträgen von Katharina Fegebank, Simon Güntner, Michael Joho, Heike Sudmann, Matthias Woisin u.a.

Erhältlich im Buchhandel und bei www.vsa-verlag.de

Wählen gehen – und zum Volksentscheid!

Parallel zu den Bundestagswahlen im September entscheiden die Hamburger BürgerInnen über die Zukunft der Energienetze. Sie haben die Möglichkeit, dem von der Initiative »Unser Hamburg – unser Netz« geforderten 100-prozentigen Rückkauf der Netze zuzustimmen. An »Unser Hamburg, unser Netz« beteiligen sich u.a. der BUND, die Hamburger Verbraucherzentrale, Attac, der Kirchenkreis Hamburg-Ost und Verbände aus dem Bereich der erneuerbaren Energien. Grüne und LINKE werben an der Seite der Initiative für eine Re-Kommunalisierung der Netze. Die Re-Kommunalisierung der

Netze in Hamburg kann ein wichtiger Zwischenschritt sein auf dem Weg zur Etablierung eines gewichtigen Bereiches von kommunalen Stadtwerken mit vielfältigen Auswirkungen auf eine ökologische Politik, eine deutliche Erhöhung der Lebensqualität der BürgerInnen (Stadttrendite) und nicht zuletzt erweiterten Handlungsparametern für die regionale Ökonomie und die öffentlichen Finanzen. Für alle Unentschlossenen dokumentieren wir hier die zehn guten Gründe der Initiative. Weitere Infos zu Hintergründen, zum Mitmachen, Spenden: www.unser-netz-hamburg.de.

Hamburger Energienetze in die Öffentliche Hand!

VOLKSENTSCHEID AM 22.9.2013

10 GUTE GRÜNDE



1. Daseinsvorsorge

Die Versorgung mit Strom und Wärme gehört zur Grundsicherung der Bevölkerung. Ihre Ausgestaltung darf nicht den Interessen einzelner, rein profitorientierter Konzerne untergeordnet werden.

2. Zukunft

Die Entscheidung, wer jetzt die Netze bekommt, gilt für 20 Jahre. Die BürgerInnen können die Weichen für mehr Klimaschutz stellen und verhindern, dass die Fernwärme unwiderruflich an Vattenfall fällt.

3. Gestaltungsfreiheit

Die 25,1%-Beteiligung der Stadt an den Netzgesellschaften bringt kaum Einfluss, sondern sichert lediglich die Marktmacht von Vattenfall und E.on. Mit dem Volksentscheid wird Hamburg wieder unabhängig.

4. Gemeinwohl

Ein kommunaler Netzbetreiber ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Hierzu gehören faire Netzentgelte und angemessene Fernwärmepreise ebenso wie gesicherte Arbeitsplätze.

5. Versorgungssicherheit

Die Stadt selbst hat das stärkste Interesse an einer zuverlässigen und kostengünstigen Energieversorgung. Das Know-How im Netzbetrieb bleibt erhalten, die MitarbeiterInnen werden übernommen.

6. Gutes Geschäft

Die Netzübernahme kann aus den sicheren Einnahmen des Betriebs bezahlt werden. Der Haushalt wird nicht belastet. Bundesweit haben bereits 170 Kommunen ihre Netze wieder übernommen.

7. Gewinne

Jede Hamburgerin und jeder Hamburger ist darauf angewiesen, die Energienetze zu nutzen und muss dafür zahlen. Dann sollen die Gewinne aus dem Netzbetrieb und der Wärmeversorgung auch in Hamburg bleiben.

8. Klimaschutz

Der Umbau und das Management der lokalen Verteilnetze und der Fernwärme spielen eine entscheidende Rolle für eine dezentrale und effiziente Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien.

9. Demokratische Kontrolle

Nur unter demokratischer Kontrolle können die verschiedenen Interessen im Sinne des Gemeinwohls abgewogen werden: faire Energiepreise, sichere Arbeitsplätze, Investitionen in die Energiewende.

10. Transparenz

Ein kommunaler Netzbetreiber muss seine Geschäftstätigkeiten und seine Preisgestaltung offen legen – für alle BürgerInnen nachvollziehbar im Sinne des Transparenzgesetzes.

Sie entscheiden! Stimmen Sie mit JA.

Berlin, wir fahren nach Berlin!



Im Gespräch mit Vertretern von KOTTI (Foto: M. Joho)

Zu den angenehmen Seiten bei der Arbeit der Bundestagsabgeordneten gehört, dass jede/r von ihnen zwei, dreimal im Jahr Gäste aus dem eigenen Wahlkreis in die Bundeshauptstadt einladen kann. Und so kam es, dass sich am 16. August genau 50 Personen aus Hamburg aufmachten (darunter viele AktivistInnen aus verschiedenen Stadtteilinitiativen), um auf Einladung des Hamburger LINKEN Parlamentariers Jan van Aken zwei interessante Tage in Berlin zu verbringen.

Nach nicht einmal zweistündiger Bahnfahrt konnte in den frühen Mittagsstunden das Reichstagsgebäude besichtigt und ein Gespräch mit Jan geführt werden. Er vermittelte Eindrücke vom parlamentarischen Alltag und seiner Rolle als außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Auf die Frage nach der Wohnungs- und Mietpolitik räumte er als stellvertretender Parteivorsitzender große Versäumnisse und Fehler der LINKEN ein, zum einen in der viel zu lange währenden Vernachlässigung des Themas, zum anderen im Sündenfall der Zustimmung zum Verkauf kommunaler Wohnungsbestände in Berlin und Dresden. Eine Fehlorientierung, die die Partei mittlerweile bedauert und korrigiert hat. In diesem Zusammenhang nannte er u.a. die von Bundestagsabgeordneten der LINKEN im Frühjahr 2012 maßgeblich betriebene Gründung der TreuhandliegenschaftsGenossenschaft FAIRWOHNEN. Mit diesem auf viel Resonanz stoßenden Schritt wurde der Versuch unternommen, 11.500 kommunale Wohnungen der »TLG Wohnen GmbH« in Ostdeutschland vor einem Verkauf an profitorientierte Kräfte zu retten – leider vergebens.

Der Nachmittag stand ganz im Zeichen einer stimmungsvollen alternativen Busrundfahrt durch Kreuzberg, den Prenzlauer Berg, Friedrichshain und andere Quartiere, wobei die TeilnehmerInnen auf die Bausünden vergangener Tage und politische Aktivitäten vor allem im Bereich Stadtentwicklung aufmerksam gemacht wurden. Mein Eindruck: Berlin hat zwar »nur« doppelt so viele EinwohnerInnen wie Hamburg,

Szeneviertel aber müssen es zehnmals so viele sein. Auch wies unser Begleiter darauf hin, dass Arm und Reich in Berlin immer noch dicht beieinander wohnen, nicht zuletzt, weil in Ost-Berlin eben auch viele günstige Wohnungen direkt im Stadtzentrum errichtet wurden.

Den Abend bummelten die einen bei wunderbar warmen Temperaturen weiter durch die Metropole, die anderen besuchten FreundInnen, ich selbst schloss mich den Fußballbegeisterten an, die sich ein St. Pauli-Spiel in einer Sportkneipe anschauten.

Am nächsten Morgen stand die Mietergemeinschaft KOTTI auf dem Programm, für das diese Fahrt organisierende Bundespresseamt sicher auch ein Novum. Besuchsziel war das Protestcamp von KOTTI & Co an der Admiralstraße 1 (Kottbusser Tor), vis à vis zu einem riesigen Sozialwohnungs-Komplex, in dem rund 4.000 Menschen leben. Ende Mai 2012 hatten MieterInnen hier einen längst winterfest gemachten Anlaufpunkt geschaffen, um gegen das Auslaufen der Mietpreisbindungen und drohende exorbitante Mieterhöhungen zu protestieren. Viele der BewohnerInnen haben einen prekären Hintergrund, mehr als die Hälfte unterliegen als »AusländerInnen« zudem einer besonderen Benachteiligung auf dem »Wohnungsmarkt«. Initiativensprecher Detlev vermittelte einen geradezu mitreißenden Eindruck von KOTTI und sparte dabei nicht an einer scharfen Kritik an der Berliner LINKEN, die in zehnjähriger Senatsverantwortung eben auch den Verkauf von 130.000 städtischen Wohneinheiten mitermöglicht hätte. Aber nicht nur um KOTTI ging es, vor dem Protesthaus ergab sich auch die Chance, dass Engagierte aus Hamburg ihre Initiativen vorstellen konnten (Recht auf Stadt, ESSO, Breite Straße, Rehhoffstraße, St. Georg, Lenzviertel usw.). Alles in allem eine tolle Begegnung und atmosphärisch wohl der Höhepunkt der Exkursion. (Mehr zu KOTTI gibt es unter www.kottiundco.net.)

Nachmittags besuchten wir das Haus der Wannsee-Konferenz, eine 1992 geschaffene Gedenkstätte, die an den Genozid an den deutschen und europäischen Juden während der NS-Zeit erinnert. Hier also – mit schönstem Ausblick auf den Wannsee – fand im Januar 1942 die nur wenige Stunden dauernde Konferenz statt, auf der SS-Funktionäre die Beschleunigung der industriellen Vernichtung des europäischen Judentums planten. Ein beklemmender Ort, der einen fast noch mehr anging als die vielen ausgestellten Dokumente.

Während ein kleines Häuflein nachmittags an der Berliner Lampedusa-Demo teilnahm und einige ein Konstantin-Wecker-Konzert aufsuchen konnten, fuhr der größere Teil der Gruppe zum legendären Karl-Liebke-Haus, in den 1920er

Jahren Sitz der KPD-Zentrale, heute des Parteivorstandes der LINKEN. Leider blieb keine Zeit, das Gebäude selbst zu besichtigen. Vielmehr ging es hier um ein Zusammentreffen mit Christina Emmrich, die als ehemalige linke Bürgermeisterin von Lichtenberg vor einigen Jahren einen ca. 30 Mio. Euro umfassenden »Bürgerhaushalt« eingeführt hatte, eine bis heute in diesem Bezirk bestehende und bis dato erfolgreich verteidigte Form der demokratischen Einbeziehung der Menschen bei der Etataufteilung.

Gegen 19 Uhr ging es dann wieder zurück nach Hamburg. Auch wenn es nur zwei Tage waren, eine ergiebige, schöne Erkundung Berlins. Kann gerne wiederholt werden!

Wirklich Neues von der HSH Nordbank?

von Joachim Bischoff



HSH-Prozess in Hamburg, 29.7.2013 (Foto: dpa)

Vor der 8. Großen Strafkammer des Hamburger Landgerichts läuft zurzeit der Strafprozess gegen den früheren Vorstand der HSH Nordbank. Das Verfahren ist der erste deutsche Wirtschaftsprozess, bei dem ein gesamter Bankvorstand vor Gericht steht. Die Staatsanwaltschaft wirft den sechs Angeklagten Untreue in einem besonders schweren Fall vor. Ende 2007 war die Bilanz der Landesbank mit zu vielen Krediten aufgebläht und musste entlastet werden, weil damals noch ein Börsengang des Finanzinstitutes vorgesehen war. Die »Verschönerung« der Bilanz sollte letztlich über 17 Mrd. Euro umfassen. Der Vorstand soll im Dezember 2007, in den letzten Tagen des Geschäftsjahres, mit einem komplizierten Finanzgeschäft der Bank einen Schaden von 158 Mio. Euro zugefügt haben. Die Vorstände hätten auf der Grundlage der ihnen vorgelegten Unterlagen die Chancen und Risiken des Geschäfts nicht hinreichend geprüft und damit ihre Pflichten verletzt, heißt es in der Anklage. Innerhalb weniger Tage wurde eine Entlastung mit Namen »Omega« durchgezogen. Partner war die französische Bank BNP. Die HSH hat nicht nur Risiken im Wert von zwei Mrd. Euro an BNP ausgelagert, sondern im Gegenzug auch Risiken von BNP im Wert von 2,4 Mrd. Euro übernom-

men. Die Information über diesen »Deal« war nicht nur bankintern schlecht, sondern auch die vorgeschriebene Kommunikation mit der Bankenaufsicht höchst unzureichend.

Die Anklagebehörde hatte zur Begründung ihrer Klageschrift erklärt: »Nach dem Ergebnis der Ermittlungen war der Aufsichtsrat vor dem Kreditbeschluss zu Omega 55 nicht eingebunden und wurde auch im Nachhinein nur unvollständig hierüber informiert. Ein strafrechtlicher Vorwurf ist den Mitgliedern daher nicht zu machen.«

Dieser Hinweis zielt auf die politische Ebene: Der frühere Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) war vom 1. Januar 2007 bis zum 1. Juli 2009 Vorsitzender des Aufsichtsrates, dem er auch vorher schon als Finanzsenator angehört hatte. Sein Nachfolger als Finanzsenator und Mitglied des Aufsichtsrates war Michael Freytag (ebenfalls CDU). Noch im Mai 2008 setzte Finanzsenator Freytag eine Kapitalaufstockung zusammen mit Schleswig-Holstein von knapp 2 Mrd. Euro durch.

Von einer umfassenden Aufarbeitung der Zockerei durch die HSH Nordbank kann gewiss keine Rede sein. Auch die mediale Berichterstattung bleibt bescheiden.

Parallel zum juristischen Verfahren über den Vorwurf der Untreue von Bankverantwortlichen kämpft die Bank seit 2010 ums Überleben. Wie andere Banken wurde die HSH Nordbank mit Garantien und neuem Kapital durch die Hauptteigener Hamburg und Schleswig-Holstein am Leben erhalten. Die Bank sollte sich vom internationalen Finanzkasino zurückziehen und sich um den Mittelstand in den nördlichen Bundesländern kümmern. In den Geschäftsjahren 2011 und 2012 überzeugte der Übergang auf ein neues Geschäftsmodell jedoch nicht. Im laufenden Jahr haben sich beide Bundesländer wiederum zu einer Aufstockung der Garantien von 7 auf 10 Mrd. Euro entschlossen, obwohl die Zweifel an der Tragfähigkeit dieser Operation nicht ausgeräumt werden konnten.

Der neue Aufsichtsratsvorsitzende Thomas Mirow (SPD) verkündete am 24. August – wenige Tage vor dem Bericht über das erste Halbjahr 2013 – den Durchbruch im Sanierungsprozess: »Das neue Geschäftsmodell greift, und die Bank behauptet sich zunehmend im Markt. Natürlich bleiben Altlasten, deshalb wird nach allem, was wir heute wissen, die Bank die Garantie der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bis 2025 mit bis zu 1,3 Mrd. Euro in Anspruch nehmen. Dem liegt natürlich ein sehr langer Planungshorizont zugrunde, insofern wird es hinsichtlich der tatsächlichen Zahl keine Punktlandung geben... Der Garantie stehen im Übrigen auch Gebühren gegenüber, die von der HSH Nordbank jedes Jahr dafür gezahlt werden. Hochgerechnet bis zum Jahr 2025 übersteigt die Summe dieser Garantiegebühren den von den Ländern voraussichtlich zu tragenden Verlust.«

Das ist Des-Informationspolitik pur. Erneut wird der politische Mythos beschworen, dass die Sanierung der Bank ein »gutes Geschäft« für die beiden Bundesländer sei. Mag sein, dass in der späteren Abrechnung die Gebühren für die Garantien die Verluste bei den Garantien überschreiten. Fakt ist jedenfalls schon heute: Der massive Niedergang des Aktienpreises der Bank hat allein für Hamburg einen Vermögensverlust von rund 2 Mrd. Euro zur Folge.

Der Hauptgrund für die unbefriedigende Geschäftsentwicklung kommt aus der weiterhin angespannten Lage in der internationalen Schifffahrt. Da die weltweite Flottenkapazität schneller als die Transportnachfrage wuchs, blieben die Fracht- und Charraten sowie die Schiffswerte auf historisch niedrigen Niveaus. Die schlechten Aussichten im Schiffsbereich werden die Geschäftsentwicklung im weiteren Jahresverlauf beeinflussen. Eine spürbare Markterholung im Jahre 2013 ist nicht zu erwarten. Vor diesem Hintergrund geht die Bank, trotz des positiven Konzernergebnisses im ersten Quartal, für das Gesamtjahr weiterhin von einem hohen Vorsorgebedarf für risikobehaftete Altbestände und von einem Verlust auf Konzernebene aus. Auch im nachfolgenden Geschäftsjahr wird sich die Situation nicht grundsätzlich bessern. Mag sein, dass mit der Garantieerhöhung die vorgeschriebenen Kapitalquoten eingehalten werden können, aber die Bank wird ihren EigentümerInnen keine Freude bringen. Mirow argumentiert: »Die HSH Nordbank hat früh mit einer angemessenen Risikovorsorge für Schiffe begonnen und passt diese quartalsweise immer weiter an. Bei der Frage nach der Angemessenheit die-

Achtung Satire: Lego startet neue Serie »Gescheiterte deutsche Großprojekte«



Der dänische Spielzeughersteller Lego stellt eine speziell auf den deutschen Markt zugeschnittene neue Serie vor. Unter dem Titel »Gescheiterte deutsche Großprojekte« können auch Kinder vergeblich versuchen, den Berliner Großflughafen BER, den unterirdischen Bahnhof Stuttgart21 sowie die **Hamburger Elbphilharmonie** zu bauen. Jørgen Vig Knudstorp, der Geschäftsführer des Traditionsunternehmens, erklärte bei der Präsentation: »Wir haben uns alle Mühe gegeben, das Erlebnis so realistisch und damit so frustrierend wie möglich zu gestalten. Unser Ziel ist es, dass sich Kinder keine Illusionen machen, was Großbauprojekte in Deutschland angeht.« Mit je 99,90 Euro Grundpreis sind die Basissets BER, S21 und die Elbphilharmonie zwar kostspielig, aber erschwinglich. Beim Aufbau stellt sich allerdings schnell heraus, dass die sonst bei Lego sehr übersichtlich gehaltenen Baupläne völlig unbrauchbar sind. Viele Arbeitsschritte sind vollkommen undurchführbar, immer wieder muss von vorne begonnen werden und nicht zuletzt fehlen wichtige Bauteile. Ebenso soll es auch noch eine Erweiterung »Die Politiker« geben mit zahlreichen Figuren ohne irgendeine Funktion. Die Figuren kann man daher überall nach Belieben plan- und sinnlos einsetzen.

ser Maßnahmen geht es naturgemäß aber auch um Markterwartungen sowie um Methoden und Standards, die bei der Bewertung von Portfolios angesetzt werden.« Fakt ist aber auch hier, dass die von der Bank vorgenommenen Rückstellungen bzw. Abschreibungen für Schiffskredite, soweit aus den veröffentlichten Zahlen erkennbar, deutlich hinter den Rückstellungen bzw. Abschreibungen anderer Banken zurückbleiben und das, obwohl das Engagement der HSH bei Schiffsfinanzierungen deutlich größer ist als das anderer Banken.

Zusammengefasst: Der Sanierungsprozess der Bank ist so wenig ausgestanden wie der Strafprozess gegen die früheren Vorstände. Das Gerichtsverfahren wegen Untreue der Verantwortlichen könnte die bisherige juristische Praxis deutlich verändern. Gleichmaßen bleibt die HSH Nordbank ein Musterfall für eine Zombie-Bank. Wirtschaftlich ist die Lebensverlängerung schon lange sinnlos. Die Bank lebt bis heute von der Verstrickung in die Politik.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Ein schönes und lesenswertes Buch hat jüngst die Geschichtswerkstatt Barmbek herausgebracht. Es trägt den Titel **Wohnungsbau in Barmbek. Barmbek verbaut auf seine Zukunft!?** Auf 176 Seiten wird nicht nur die Geschichte des Wohnungsbaus in diesem alten Arbeiterstadtteil beleuchtet, aufs Korn genommen werden auch sämtliche aktuellen Bauvorhaben. Es ist zum Preis von 18 Euro bei der Geschichtswerkstatt Barmbek (Wiesendamm 25, 22305 Hamburg; E-Mail geschichtswerkstattbarmbek@alice-dsl.de) zu beziehen.

Eine wunderbare und umjubelte **Rede über das Netzwerk Recht auf Stadt** hat Mitte Juni **Siri Keil**, nicht zuletzt Mitarbeiterin der Hamburger LINKSFRAKTION, auf einer Großkundgebung in Stuttgart gehalten. Sie ist ins Netz unter <http://www.youtube.com/watch?v=SMBJsfplv8c> eingestellt.

Die Freie Akademie der Künste am Klosterwall 23 zeigt noch **bis zum 29. September** die Ausstellung **Die erwartete Katastrophe. Luftkrieg und Städtebau in Hamburg und Europa**. Ein Muss für alle diejenigen, die sich mit der Hamburger Stadtgeschichte und den Folgen des Zweiten Weltkrieges auseinandersetzen möchten.

Am **Freitag, den 30. August**, steigt im Hammer Park (S Hasselbrook/U Hammer Kirche) wieder das beliebte **Rote Sommerkino** der LINKEN. Gezeigt wird – umsonst und draußen – der Film **Cinema Paradiso**, vorher wird ab 19 Uhr gegrillt, gibt es Getränke und Musik sowie Kandidatentalk mit Jan van Aken (MdB) und Jochen Hanisch (Direktkandidat in Mitte).



Am **Sonntag, den 1. September**, feiert die Hamburger LINKE ein großes **Sommer- und Friedensfest** im Schanzepark. Ab 14 Uhr gibt es Spiel und Spaß für Kinder, Polittalks und Musik von Armando Quattrone und der Gruppe Gutzeit. Getränke und Popcorn sind ebenfalls zu bekommen, zudem lockt manche Überraschung. Aus aktuellem Anlass wird um 16.30 Uhr Bundestagskandidat Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der jetzigen Bundestagsfraktion, mit Hartmut Ring über die Eskalation in Syrien diskutieren. Ab 17 Uhr sorgt die Bürgerchaftsfraktion der LINKEN im nahegelegenen Clubheim für Grillwürstchen und fleischfreie Kost.

Die diesjährige **Demonstration zum Anti-Kriegstag** – weltweit am 1. September begangen, in Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen 1939 – findet am **Samstag, den 31. August**, um 14 Uhr, ab Kriegsklotz am Dammtor, statt. Der komplette Aufruf »Krieg ist Terror. Eine Welt ohne Krieg ist möglich«, der in diesen Tagen angesichts des Säbelrasselns gegenüber Syrien neue Bedeutung erlangt, findet sich im Netz unter www.hamburgerforum.org. Tags darauf, am



Sonntag, den 1. September, lädt der DGB zur **Gedenkveranstaltung** vor dem Mahnmal für die Opfer der NS-Verfolgung auf den Friedhof Ohlsdorf ein. Die Ansprache hält Hamburgs DGB-Chef Uwe Grund. Ebenfalls auf dem Hauptfriedhof (im Ehrenhain Hamburger WiderstandskämpferInnen, Bergstraße, nahe Eingang) findet am **Sonntag, den 8. September**, 11 Uhr, eine weitere **Gedenkfeier** für die Opfer des NS-Regimes statt.

Zu einem Streifzug entlang den ehemaligen Festungsbastionen lädt der Bildungsträger Arbeit und Leben am **Sonntag, den 1. September**, um 15 Uhr ab Kunsthalle (Glockengießerwall) ein. Der Rundgang trägt den Titel **Zwischen Hauptbahnhof und Hannoverschem Bahnhof**. Anmeldung unter office@hamburg.arbeitundleben.de, der TeilnehmerInnenbeitrag beläuft sich auf 10 Euro.

Ihren traditionellen **Wahlprüfstand** führen die Engagierten WilhelmsburgerInnen am **Montag, den 2. September**, um 19 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) durch. Zu Gast sind die WahlkreiskandidatInnen Dr. Kurt Duwe (FDP), Dr. Herlind Gundelach (CDU), Metin Hakverdi (SPD), Manuel Sarrazin (GRÜNE) und Sabine Boeddinghaus (LINKE). Die Moderation hat Hartmut Sauer. Im Mittelpunkt stehen der bevorstehende Volksentscheid zu den Energienetzen, die Verkehrsplanungen, die BürgerInnenbeteiligung und das Thema Migration.

Ebenfalls am **Montag, den 2. September**, gibt es ein Treffen des Projektes nordLINKS, von 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr in der »Kaffeewelt« (Georg Asmussen-Haus, Böckmannstr. 3, Hamburg-St. Georg). Thema ist die **Krise der Printmedien**, von der auch Hamburg (Reorganisation Springer Verlag, Verkauf Abendblatt etc.) massiv betroffen ist. Dazu wird Martin Dieckmann, Fachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie der ver.di-Landesbezirke Hamburg und Nord, einleiten.

Besonders zugespitzt dürften die Ausführungen des kritischen Sozialwissenschaftlers Dr. Christoph Butterwege sein, der am **Donnerstag, den 5. September**, um 14.30 Uhr im Hamburg-Saal des Berufsförderungswerks Farmsen (August-Krogmann-Straße 52) zum Thema **Altersarmut – Albtraum für Jung und Alt** referiert.

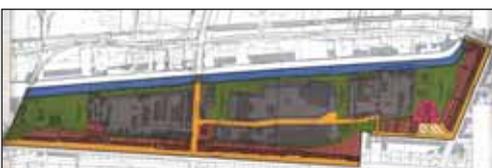
Ausgerechnet IBA-Chef Uli Hellweg wird in diesem Jahr die **Semper-Medaille** des »Architektur Centrums – Gesellschaft für Architektur und Baukultur e.V.« verliehen. Gewürdigt wird damit üblicherweise »herausragendes Engagement im Bereich der Architektur und Stadtentwicklung in Hamburg«, in Erinnerung an den 1803 geborenen Baumeister Gottfried Semper. Die Verleihung der Medaille erfolgt am **Freitag, den 6. September**, um 11 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20).



Über die jüngsten Aktivitäten gegen den Kriegsklotz am Dammtor und die erfolgreiche Initiative für eine Deserteursdenkmal lohnt es, die Fotoberichterstattung unter <http://www.niqolas.de/feindbeguenstigung.de/klotz13.htm> anzuschauen. Anlässlich des Denkmaltages führt die Initiative am **Samstag, den 7. September**, von 14 bis 16 Uhr eine weitere Aktion unter dem Titel **Der sprechende Klotz** durch. Informiert wird über das 1936 geschaffene NS-Weltkriegs-Denkmal und den Stand in Sachen Hamburger Deserteurs-Denkmal.

Den Älteren unter uns sagt der 11. September nicht nur etwas wegen des Anschlags auf die Twin Towers in New York 2001, sie erinnern sich auch an den von den USA, Außenminister Henry Kissinger und den internationalen Kupferkonzernen lancierten **Generalsputsch gegen die demokratisch gewählte chilenische Linksregierung unter Salvador Allende** am 11. September 1973.

Anlässlich des **40. Jahrestages** finden in Hamburg eine Reihe von Veranstaltungen statt, allen voran die Gedenkkundgebung am **Samstag, den 14. September**, von 13 bis 15 Uhr auf dem Salvador-Allende-Platz nahe der Uni Hamburg. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt zu weiteren Veranstaltungen ein: Am **12. September** wird um 20 Uhr die eindrucksvolle Dokumentation »Die Schlacht um Chile«, Teile 1 und 2, **tags darauf** ebenfalls um 20 Uhr der 3. Teil aufgeführt. Eine Diskussion mit den Filmemachern Gerd Roscher, Olaf Sobczak und Olaf Berg folgt am **14. September** um 14 Uhr. Und über den Militärputsch und seine Wahrnehmung in Deutschland berichten am **15. September** um 20 Uhr Dietrich Kuhlbrodt und Karl-Heinz Dellwo. Alle diese Veranstaltungen finden im GOLEM (Große Elbstraße 14) statt. Im Metropolis (Kleine Theaterstraße 10) wird zudem am **14. September** um 19 Uhr der Film »Nostalgia de la Luz« (Chile/Frankreich/Deutschland 2010) gezeigt.



Die WilhelmsburgerInnen geben keine Ruhe in ihrem Ringen gegen die neu-alten Autobahnpläne der orange-grün-schwarzen Koalition. Daneben ist der Verein Zukunft Elbinsel auf vielen weiteren Ebenen aktiv. Am **Dienstag, den 17. September**, lädt er um 19 Uhr in die Zinnwerke (Halle Am Veringhof 7) ein. Diskutiert wird über die Frage: **Was geht am Veringkanal? Nach dem Opernfundus: Jetzt**

Bürgerbegehren für Wohnen und Arbeiten im Westen? Podiumsgäste sind Christiane Tursi (Verikom Wilhelmsburg), Prof. Bernd Kniess (HCU), Michael Ziehl (Genossenschaft Gängeviertel eG), Thomas Lecke-Lopatta (Flächenentwicklung und Flächenplanungsplanung in Bremen) sowie Hartmut Sauer (Moderation). Mehr unter www.forum-wilhelmsburg.de.

Kulturtipp: Tag des offenen Denkmals



o.l.: Kapernaumkirche, o. r.: Energiebunker (beide Wikipedia), unten: Sedanstr. 19a, Kasernenrest (Foto: Carola Ensslen)

Vom 6. bis 8. September erschließen sich den Interessierten in Hamburg über 100 Denkmäler, die an diesem Wochenende einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden. Für kritische ZeitgenossInnen bietet das umfangreiche Programm – die 78 Seiten sind im Netz unter www.denkmalschutzamt.hamburg.de herunterzuladen – in diesem Jahr einige besondere Leckerbissen, denn das Motto lautet »Unbequeme Denkmäler?« Es würde hier den Rahmen sprengen, alle Veranstaltungsorte zu benennen, genannt seien daher exemplarisch die ehemalige, längst entwidmete Kapernaumkirche in Horn (Sievekingsallee 191), die zur Al-Nour-Moschee umgebaut werden soll (am 7.9. zwischen 13 und 16 Uhr). Interessant sind auch die Ka-

sernenreste in der Bundesstraße 54/55 (Eimsbüttel), an denen die Galerie Morgenland 100 Jahre deutscher Politik und deren Folgen festmachen will (am 7.9. um 14 Uhr und am 8.9. um 11 Uhr). Ganz neu im Angebot ist der »Energiebunker Wilhelmshburg« (Neuhöfer Straße 7), die 1943 fertig gestellte riesige Bunkeranlage, die im Rahmen der IBA zu einem regenerativen Kraftwerk umgebaut wurde. Die Geschichtswerkstatt wird einen Akzent auf die Entstehung des Bunkers legen, den viele ZwangsarbeiterInnen mit errichten mussten (am 7.9. um 15 und 17 Uhr, am 8.9. um 10.30 Uhr). In diesen und allen anderen Fällen sollten Interessierte jeweils im Programm nachschauen, ob es eigene Anmelderegeln gibt.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucerusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.